

sische Nationalinstitut für Statistik (INSEE) rechnet für das erste Halbjahr 1970 mit einer starken Ausfuhrerhöhung im Jahresrhythmus von etwa 20%.

Es muß ferner mit einem stärkeren Druck der britischen Industrie, insbesondere im EFTA-Bereich, gerechnet werden. In letzter Zeit wird außerdem eine zunehmende Konkurrenz industriell gefertigter Konsumgüter aus der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern festgestellt, die in einigen Branchen, wie zum Beispiel bei Möbeln und Textilien, sogar mit

Dumpingpraktiken versuchen, sich im Westen Devisen zu erwirtschaften.

Schließlich ist unter anderem auch an die politisch bedingten Ausfuhrschwierigkeiten in die arabischen Länder zu denken, von denen einige den Boykott von Firmen, die mit Israel Kontakt aufnehmen, sehr konsequent durchführen, sowie an die ebenfalls schon bekannten Kreditschwierigkeiten in dem bisher sicherlich noch nicht überhitzten Exportgeschäft mit den Entwicklungsländern.

Dipl.-Volkswirt Hermann Woll

Personal der öffentlichen Verwaltung am 2. Oktober 1969

Nach dem Gesetz über die Finanzstatistik vom 8.6.1960 (BGBl. I S. 322) wurde 1969 in Baden-Württemberg wie auch in den anderen Bundesländern eine Erhebung des Personalbestandes der staatlichen und kommunalen Verwaltung durchgeführt. Entsprechend dem gesetzlich vorgeschriebenen dreijährigen Turnus ist am Stichtag der Erhebung der Personalstand gegliedert nach Aufgabenbereichen, Geschlecht, Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen erfaßt worden; in den dazwischen liegenden Jahren beschränkt sich die Statistik darauf, die Vollbeschäftigten nur nach ihrem Dienstverhältnis zu ermitteln.

Diese Periodizität wurde 1968 unterbrochen durch die *einmalige Personalstrukturhebung*, bei der sowohl die Dienststellen als auch die Vollbeschäftigten selbst berichtspflichtig waren und Daten über die im öffentlichen Dienst Beschäftigten und deren Zusammensetzung unter den verschiedensten Gesichtspunkten erbrachten. Diese umfassende Erhebung wird jeweils nach Vorliegen der einzelnen Ergebnisse in mehreren Abhandlungen dargestellt werden.

Die Ergebnisse der laufenden jährlichen Erhebungen gewinnen immer mehr an Bedeutung für die personalwirtschaftliche Entwicklung, für die künftige Gestaltung der Stellenpläne in den öffentlichen Haushalten, für das Volumen der Personalausgaben und damit der gesamten Ausgaben. Eine genaue jährliche Beobachtung des Personalbedarfs vor allem auch in den einzelnen Verwaltungszweigen, ist daher unerlässlich. Die im folgenden genannten Zahlen betreffen die Erhebung am 2. Oktober 1969 mit Vergleichszahlen zu den Jahren 1968 und 1966. Berichtspflichtig sind die staatlichen Dienststellen einschließlich der Wirtschaftsunternehmen, die Gemeinden und Gemeindeverbände ebenfalls mit ihren kommunalen Wirtschaftsunternehmen.

280 000 Vollbeschäftigte im öffentlichen Dienst

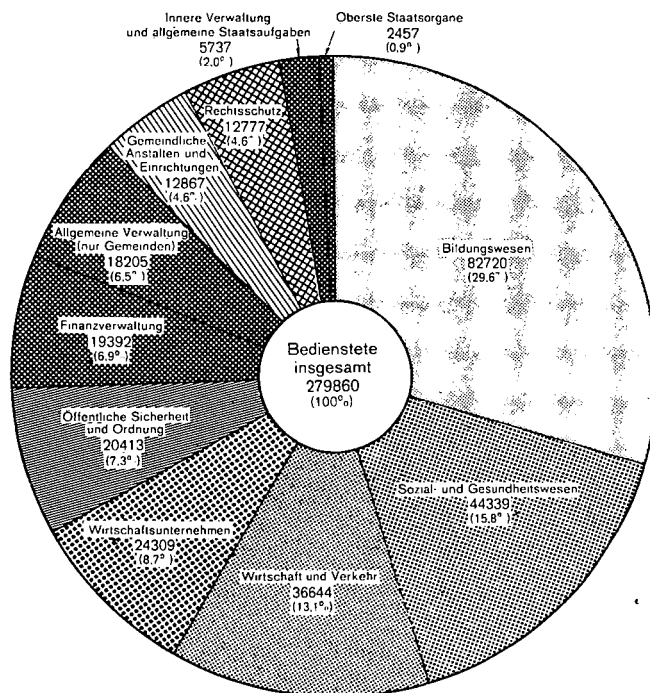
In der staatlichen und kommunalen Verwaltung (einschließlich Wirtschaftsunternehmen) waren am 2. Oktober 1969 insgesamt 279 860 hauptberuflich Vollbeschäftigte tätig, davon waren 157 133 im Landesdienst und 122 727 im Kommunaldienst beschäftigt; rund 18 000 dieser Bediensteten standen noch in Ausbildung. Außerdem wurden noch 31 069 *Teilzeitbeschäftigte* im öffentlichen Dienst gezählt. Die auf den ersten Blick verhältnismäßig hoch erscheinende Zahl der öffentlichen Bediensteten muß aber einmal gemessen werden an der Zahl der Erwerbstätigen in unserem Lande, zum andern an dem Umfang der Aufgaben, die von diesen Gebietskörperschaften bewältigt werden müssen; sie liegen weitgehend nicht im eigentlichen Verwaltungsbereich, sondern sind durch zivilisatorische Bedürfnisse, die an den modernen Staat und die Gemeinden gestellt werden, bedingt. Was das Verhältnis zu den Erwerbstätigen betrifft, so verdient die Tatsache Beachtung, daß 1969 der Anteil der öffentlichen Bediensteten an den in Baden-Württemberg im Arbeitsverhältnis stehenden rund 4 053 000 Beschäftigten nur rund 7% beträgt und im Vergleich zum Jahr 1968 mit 8,5% sogar rückläufig ist. Die funktionelle Gliederung der in der Personalstandsstatistik erfaßten Arbeitskräfte (*s. Schaubild 1*) macht deutlich, daß ein ganz erheblicher Teil des Personals Dienstleistungen – keine reinen Verwaltungsaufgaben – erbringt. Auf die Beschäftigten im Bildungswesen, Polizeikräfte, Bedienstete, die zum Rechtsschutz gehören und zu Aufgabengebieten mit vorwiegend *wirtschaftlichem Charakter* (Bau- und Wasserwirtschaft, Verkehr), zu kommunalen öffentlichen Anstalten und Einrichtungen, sowie auf das Personal in den Anstalten des Sozial- und Gesundheitswesens entfallen drei Viertel der insgesamt bei Hoheits- und Kammereiverwaltungen Beschäftigten.

Tabelle 1
Personal des Landes und der Gemeinden (Gv)

Körperschaft	Beamte und Richter		Angestellte		Arbeiter		zusammen		Auf 10 000 Einwohner	
	1969	1968	1969	1968	1969	1968	1969	1968	1969	1968
Hoheits- und Kammereiverwaltungen	112 531	108 597	97 640	92 509	45 380	42 863	255 551	243 969	290	282
davon										
Land	92 615 ¹⁾	89 166 ¹⁾	46 307	44 321	11 732	11 004	150 654	144 491	171	167
Gemeinden (Gv)	19 916	19 431	51 333	48 188	33 648	31 859	104 897	99 478	119	115
Wirtschaftsunternehmen	2 340	2 406	6 080	6 159	15 889	16 444	24 309	25 009	27	29
davon										
Land	1 566	1 601	705	706	4 208	4 161	6 479	6 468	7	8
Gemeinden (Gv)	774	805	5 375	5 453	11 681	12 283	17 830	18 541	20	21
Land zusammen	94 181	90 767	47 012	45 027	15 940	15 165	157 133	150 959	178	175
Gemeinden (Gv) zusammen	20 690	20 236	56 708	53 641	45 329	44 142	122 727	118 019	139	136
Bedienstete insgesamt	114 871	111 003	103 720	98 668	61 269	59 307	279 860	268 978	317	311

¹⁾ Darunter 1969 = 1550, 1968 = 1530 Richter.

Bedienstete der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg



Bezieht man die Bediensteten der Wirtschaftsunternehmen noch mit ein, so sind rund 84% aller bei Staat und Gemeinden (Gv) Tätigen mit besonderen Aufgaben betraut und nur 16% entfallen auf die eigentlichen klassischen Funktionen der Verwaltung (Gesetzgebung, zentrale Verwaltung, Finanzverwaltung usw.). Die Gesamtwachstumsrate, die sich im letzten Jahr geringfügig rückläufig entwickelt hatte, ist gegenüber 1968 mit + 10 882 (+ 4%) schwerpunktmäßig beim Land im Bereich der Kultusverwaltung, bei den Gemeinden im Gesundheitswesen wieder angestiegen (1967 auf 1968 dagegen - 400). Die Zeiterscheinung, daß immer mehr Bereiche des öffentlichen Lebens von der Verwaltung erfaßt, die Tatbestände immer differenzierter und komplizierter werden, und außerdem den Erfordernissen einer schnelllebigen Zeit laufend angepaßt werden müssen, führt zu einem ständig zunehmenden Umfang der Verwaltungsaufgaben und der damit zwangsläufig verbundenen Ausweitung des Personalbestandes. Die allerorts eingeführten technischen Verbesserungen bezwecken in erster Linie den rationelleren Ablauf der Arbeitsvorgänge und zum Teil auch Arbeitserleichterungen; Personaleinsparungen jedoch werden dadurch wohl nur langsam und zögernd durchgeführt werden können und sich erst auf längere Sicht bemerkbar machen.

60% aller staatlichen Bediensteten sind Beamte, 46% aller Kommunalbediensteten Angestellte

Von den in Baden-Württemberg im öffentlichen Dienst stehenden 279 860 Personen sind 114 871 Beamte (41%), 103 720 Angestellte (37%) und 61 269 Arbeiter (22%).

Die Anteile der einzelnen Dienstverhältnisse sind auf der staatlichen und kommunalen Ebene sehr unterschiedlich. Während

Tabelle 2
Personal der Staatlichen Verwaltung am 2. Oktober 1969

Aufgabenbereich	Beamte u. Richter		Angestellte		Arbeiter		Insgesamt			Veränderung gegenüber 1968		Teilzeitbeschäftigte
	zu-sammen	dar. weibl.	zu-sammen	dar. weibl.	zu-sammen	dar. weibl.	Anzahl	%	dar. weibl.	Anzahl	%	
Oberste Staatsorgane	1 425	70	942	613	90	11	2 457	1,6	694	+ 93	+ 3,9	132
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	11 580	79	1 385	858	568	102	13 533	9,0	1 039	+ 127	+ 0,9	367
dar. Polizei	11 580	79	1 342	853	542	102	13 464	99,5	1 034	+ 129	+ 1,0	359
Rechtsschutz	9 040	1 124	3 635	2 972	102	35	12 777	8,5	4 131	+ 812	+ 6,8	1 177
Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben	3 189	337	2 424	1 184	124	19	5 737	3,8	1 540	+ 145	+ 2,6	284
Finanzverwaltung	7 154	1 095	5 301	2 250	255	67	12 710	8,4	3 412	+ 187	+ 1,5	612
Unterricht	44 897	19 162	6 233	3 771	522	218	51 652	34,3	23 151	+ 3 203	+ 6,6	2 908
dar. Volks- und Sonderschulen	25 907	13 597	3 932	2 687	226	55	30 065	58,2	16 339	+ 1 133	+ 3,9	1 783
Realschulen	4 176	1 969	491	299	-	-	4 667	9,0	2 268	+ 764	+ 19,6	147
Gymnasien	7 950	2 185	352	175	138	120	8 440	16,3	2 480	+ 603	+ 7,7	641
Berufsbildende Schulen	6 397	1 366	1 093	337	121	24	7 611	14,7	1 727	+ 289	+ 3,9	312
Wissenschaft	8 523	1 345	11 907	7 351	3 611	1 900	24 041	16,0	10 596	+ 1 163	+ 5,1	2 730
dar. Wissenschaftliche Hochschulen	4 575	291	6 070	2 876	1 598	474	12 243	50,9	3 641	+ 488	+ 4,2	1 735
Päd. Hochschulen und andere Lehrerbildungsanstalten	2 279	790	222	155	51	15	2 552	10,6	960	+ 337	+ 15,2	84
Hochschulkliniken	1 295	128	5 232	4 175	1 918	1 399	8 445	35,1	5 702	+ 227	+ 2,8	807
Kunst, Volksbildung, Heimatpflege	82	9	926	306	438	71	1 446	1,0	386	- 18	- 1,2	291
Soziale Sicherheit	930	80	1 488	848	233	108	2 651	1,8	1 036	- 122	- 4,4	202
Gesundheit, Sport und Leibesübungen	1 173	368	2 969	1 988	710	331	4 852	3,2	2 687	+ 8	+ 0,2	440
dar. Krankenhäuser und Heilstätten, Anstalten für Nerven- und Geistesranke	802	223	1 786	1 014	664	317	3 252	67,0	1 554	+ 2	+ 0,1	233
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 506	154	2 582	744	537	122	4 625	3,1	1 020	+ 90	+ 2,0	303
Wasserwirtschaft und Kulturbau	426	6	426	125	426	1	1 278	0,8	132	- 49	- 3,7	46
Förderung der gewerblichen Wirtschaft	193	2	221	83	83	24	497	0,3	109	- 29	- 5,5	54
Verkehr	576	9	1 189	258	3 569	2	5 334	3,5	269	+ 622	+ 13,2	136
Landesplanung und Raumordnung, Bauverwaltung und Wohnungswesen	1 869	25	4 642	1 188	434	1	6 945	4,6	1 214	+ 42	+ 0,6	262
Wiedergutmachung	51	6	29	10	-	-	80	0,1	16	- 107	- 57,2	1
Besondere Kriegsfolgeaufgaben	1	-	8	-	30	-	39	-	-	- 4	- 9,3	-
Hoheitsverwaltungen zusammen	92 615	23 871	46 307	24 549	11 732	3 012	150 654	100	51 432	+ 6 163	+ 4,3	9 945
Wirtschaftsunternehmen	1 566	-	705	375	4 208	523	6 479	-	898	+ 11	+ 0,2	1 084
Staatliche Verwaltung insgesamt	94 181	23 871	47 012	24 924	15 940	3 535	157 133	-	52 330	+ 6 174	+ 4,1	11 029

im staatlichen Bereich wegen der überwiegend hoheitlichen Aufgaben 60% Beamte (94 181) und 30% Angestellte sind, sind im kommunalen Sektor fast die Hälfte aller Bediensteten (46,2%) Angestellte und rund 37% Lohnempfänger, wobei besonders bei den Arbeitern die kommunalen Wirtschaftsbetriebe sehr stark ins Gewicht fallen.

Kennzeichnend für die Entwicklung der letzten Jahre ist, daß sich die Struktur der Laufbahn- bzw. Vergütungsgruppen infolge verschiedener Stellenüberleitungspläne, Änderung der Tätigkeitsmerkmale des BAT und ähnlicher Verbesserungen des Besoldungs- und Tarifrechts spürbar gewandelt hat. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß der Trend einer Bewegung des Personals zu den qualifizierteren Tätigkeiten anhält und das mit rein manuellen Tätigkeiten befaßte Personal infolge der Technisierung, Rationalisierung und Automatisierung möglichst vieler Arbeitsvorgänge immer mehr abgebaut wird. So ist jeder zweite Beamte in den gehobenen Dienst eingestuft, wozu ausschlaggebend die unter diese Gruppe fallenden Volks-, Sonder- und Realschullehrer beitragen. Jeder vierte Beamte ist beim Land im Höheren Dienst, jeder fünfte im Mittleren Dienst, während bei den Gemeinden (Gv) jeder dritte Beamte im mittleren Dienst und nur jeder zehnte Beamte im Höheren Dienst beschäftigt ist.

Die Struktur bei den Angestellten ist dagegen eine ganz andere. Hier dominiert der Mittlere Dienst (BAT V c-VIII, Kr. II-IV), auf den zwei Drittel aller Angestellten beim Staat und fast drei Viertel bei den Gemeinden (Gv) entfallen. In diese Gruppen gehören die gesamten Schreibkräfte, das Pflegepersonal und ähnliche. Die bei den Beamten, vor allem aber auch bei den Angestellten festzustellende Tendenz einer ständig, wenn auch geringfügigen Verstärkung des höheren, zu Lasten des gehobenen Dienstes, setzte sich auch im Berichtszeitraum fort.

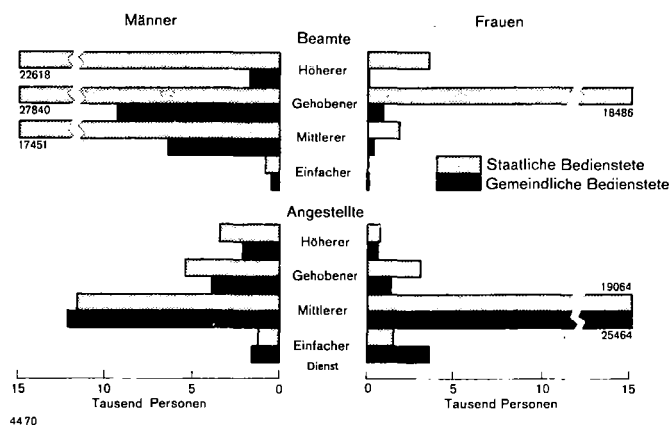
Jeder zweite Bedienstete beim Staat im Bildungswesen

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ist 1969 wieder eine vollständige Gliederung der Personalzahlen nach funktionell geordneten Aufgabenbereichen durchgeführt worden; bei den staatlichen Stellen ist eine Zusammenstellung der Ergebnisse nach Aufgabengebieten in jedem Jahr möglich.

Die Aufteilung des Personals nach Aufgabenbereichen zeigt, daß sowohl auf staatlicher wie auf kommunaler Ebene der überwiegende Teil des Personals keine Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne, sondern zweckbestimmte Aufgaben für alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfüllt. Beim Land liegt das Hauptgewicht im Bildungswesen (Schulen, Hochschulen, wissenschaftliche Institute), wo mehr als 50% (75 693) aller Vollbeschäftigten eingesetzt sind. Ein weiteres Viertel ist mit Aufgaben des Rechtsschutzes, mit Tätigkeiten auf dem Gebiet der Polizei, der Gesundheit und sozialen Sicherheit, sowie des Verkehrs, betraut; alle übrigen Verwaltungszweige einschließ-

Schaubild 2

Vollbeschäftigte im öffentlichen Dienst nach Laufbahngruppen und Geschlecht in Baden - Württemberg



lich der Ministerien teilen sich in das verbleibende Viertel. Dieses Kräfteverhältnis ist seit Jahren in großen Zügen konstant geblieben, verschiebt sich aber, wenn auch kaum merklich, mehr und mehr zugunsten des Bildungswesens, dessen ständig steigender Personalbedarf bei weitem noch nicht gedeckt ist. In der vom Lande aufgestellten *Mittelfristigen Finanzplanung* sind allein für diesen Bereich bis zum Jahre 1973 jährlich 4200 neue Stellen eingeplant. Ein Personalnachholbedarf besteht auch in der Finanzverwaltung als Folgewirkung des immer komplizierter werdenden Steuerrechts.

Der Personalzuwachs im staatlichen Sektor wird überwiegend von vier Aufgabekategorien bestimmt, die der Allgemeinheit unmittelbar zugute kommen, und zwar vom Bildungswesen, vom Rechtsschutz, vom Verkehr und der Polizei, wobei das Bildungswesen den ersten Platz einnimmt.

Der gesamte Personalzuwachs im staatlichen Bereich belief sich auf 6163 Personen; davon entfielen 4366 auf das Bildungswesen, 812 auf den Rechtsschutz, 622 Personen auf Verkehr und 127 auf die Polizei. Die übrigen Aufgabengebiete sind somit nur um 236 Personen angewachsen.

In einigen mit der Wirtschaft zusammenhängenden Aufgabengebieten ist sogar ein Personalabbau zu verzeichnen. So konnten die Aufgaben zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, in der Wasserwirtschaft und für die soziale Sicherheit mit einem geringeren Personalaufwand bewältigt werden.

Bei den Gemeinden sind die Aufgabengebiete *Sozial- und Gesundheitswesen* mit 36 717 Kräften am stärksten besetzt. Auf diese Aufgabengebiete, die auch den höchsten Personalzuwachs wiederum aufzuweisen hatten, entfielen 35% des

Tabelle 3

Vollbeschäftigte bei Land und Gemeinden (Gv)¹⁾ nach Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen

	Land				Gemeinden (Gv)				Zusammen			
	1966		1969		1966		1969		1966		1969	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hoheits- und Kammereverwaltung												
Beamte und Richter	82 867	100	92 615	100	18 131	100	19 491	100	100 998	100	112 106	100
Höherer Dienst	23 027	27,8	26 149	28,3	1 679	9,3	1 930	9,9	24 706	24,5	28 079	25,0
Gehobener Dienst	41 139	49,6	46 326	50,0	8 982	49,5	10 272	52,7	50 121	49,6	56 598	50,5
Mittlerer Dienst	17 900	21,6	19 292	20,8	6 961	38,4	6 739	34,6	24 861	24,6	26 031	23,2
Einfacher Dienst	801	1,0	848	0,9	509	2,8	550	2,8	1 310	1,3	1 398	1,3
Angestellte	42 467	100	46 307	100	45 687	100	50 964	100	88 154	100	97 271	100
Übertarifl., BAT Ia-IIb	3 089	7,3	4 205	9,1	2 255	5,0	2 760	5,4	5 344	6,1	6 965	7,2
BAT III-Va/b, Kr. VII-X	7 747	18,2	8 610	18,6	4 586	10,0	5 286	10,4	12 333	14,0	13 896	14,3
BAT Vc-VIII, Kr. II-IV	29 563	69,6	30 707	66,3	33 075	72,4	37 719	74,0	62 638	71,1	68 426	70,3
BAT IXa/b und X, Kr. I	2 068	4,9	2 785	6,0	5 771	12,6	5 199	10,2	7 839	8,8	7 984	8,2

¹⁾ Ohne Gemeinden unter 1000 Einwohner.

Tabelle 4

Lehrpersonen nach Schul- und Hochschularten am 2. Oktober 1969

Dienstverhältnis Laufbahngruppen	Volks- schulen	Real- schulen	Gymnasien	Berufs- bildende Schulen	Universi- täten ¹⁾	Lehrer- bildende Anstalten	Lehr- personen insgesamt
Beamte	25 887	4 176	7 919	6 573	2 599	2 085	49 239
Höherer Dienst	10	—	7 372	3 825	2 584	1 939	15 730
Gehobener Dienst	25 841	4 176	547	2 748	15	146	33 473
Mittlerer Dienst	36	—	—	—	—	—	36
Angestellte	3 834	491	300	618	626	85	5 954
Übertariflich, BAT Ia-IIb	—	—	170	156	599	24	949
BAT III-Va/b	2 438	190	130	450	14	61	3 283
BAT Vc-VIII	1 396	301	—	12	13	—	1 722
Zusammen	29 721	4 667	8 219	7 191	3 225	2 170	55 193
darunter weiblich	16 182	2 268	2 324	1 628	264	757	23 423
Teilzeitbeschäftigte	1 682	147	618	193	7	11	2 658
darunter weiblich	1 518	119	482	163	5	4	2 291
Dagegen vollbeschäftigte Lehrpersonen am 2. Oktober 1966	26 574	2 868	6 489	6 426	2 435	1 850	46 642

¹⁾ Einschließlich übrige Hochschulen (ohne pädagogische Hochschulen).

gemeindlichen Personals. Allein 24 506 Arbeitskräfte sind in kommunalen Krankenhäusern beschäftigt (3508 mehr als 1966) und 3337 bei den Einrichtungen der Jugendhilfe, vor allem als Kindergärtnerinnen (2845). An zweiter Stelle innerhalb des vielfältigen kommunalen Aufgabenkatalogs folgt das *Bau- und Wohnungswesen* mit 17 965 (17,3%), nahezu die

Hälfte davon sind Gemeindearbeiter beim Straßenbau und der Straßenverwaltung. Die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Hygiene gesetzlich vorgeschriebenen *kommunalen Einrichtungen* (Reinigung und Beleuchtung des Gemeindegebiets, Entwässerung und Müllbeseitigung, Feuerlöschwesen, Märkte, Schlacht- und Viehhöfe) sowie die freiwilligen Ein-

Tabelle 5

Personal der Gemeinden (Gv) nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Beamte und Angestellte					Arbeiter	Insgesamt			
	Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher	zu- sammen		1969	1966	Veränderung 1969/1966	
									Anzahl	%
	Dienst									
Allgemeine Verwaltung	872	4 926	8 359	1 744	15 901	1 212	17 113	15 735	+ 1 378	+ 8,8
dar.: Beamte	843	4 207	893	242	6 185					
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	60	765	5 454	300	6 579	301	6 880	6 858	+ 22	+ 0,3
dar.: Beamte	58	626	3 354	39	4 077					
darunter										
Polizei	18	226	3 191	4	3 439	167	3 606	3 346	+ 260	+ 7,8
Schulen	6	109	1 549	484	2 148	1 105	3 253	2 820	+ 433	+ 15,4
dar.: Beamte	6	41	34	153	234					
Kultur	117	763	704	175	1 759	569	2 328	2 055	+ 273	+ 13,3
dar.: Beamte	40	55	15	4	114					
Soziale Angelegenheiten	127	2 743	5 535	958	9 363	1 872	11 235	10 837	+ 398	+ 3,7
dar.: Beamte	85	1 489	269	6	1 849					
darunter										
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	39	843	1 160	94	2 136	21	2 157	2 147	+ 10	+ 0,5
Verwaltung der Jugendhilfe	23	885	805	78	1 791	15	1 806	1 552	+ 254	+ 16,4
Einrichtungen der Sozialhilfe	24	110	698	126	958	1 094	2 052	1 756	+ 296	+ 16,9
Einrichtungen der Jugendhilfe	22	248	1 861	541	2 672	665	3 337	2 563	+ 774	+ 30,2
Lastenausgleichsverwaltung	18	628	915	87	1 648	10	1 658	2 033	- 375	- 18,4
Gesundheitspflege	2 607	737	12 325	1 313	16 982	8 500	25 482	21 751	+ 3 731	+ 17,2
dar.: Beamte	178	197	64	4	443					
darunter										
Krankenhäuser und Heilstätten, Entbindungs- und Wöchnerinnenheime, Anstalten für Nerven- und Geisteskranken	2 504	644	11 913	1 255	16 316	8 190	24 506	20 998	+ 3 508	+ 16,7
Sonstige Einrichtungen der Gesundheitspflege	60	26	252	41	379	279	658	753	- 95	- 12,6
Bau- und Wohnungswesen	592	2 924	3 958	303	7 777	10 188	17 965	16 924	+ 1 041	+ 6,2
dar.: Beamte	464	1 596	417	55	2 532					
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	173	461	2 708	109	3 451	9 416	12 867	13 489	- 622	- 4,6
dar.: Beamte	123	270	948	16	1 357					
Finanz- und Steuerverwaltung	136	2 130	3 866	363	6 495	187	6 682	6 376	+ 306	+ 4,8
dar.: Beamte	133	1 791	745	31	2 700					
Insgesamt	4 690	15 558	44 458	5 749	70 455	33 350	103 805	96 845	+ 6 960	+ 7,2
dar.: Beamte	1 930	10 272	6 739	550	19 491					

richtungen mit gemeinnützigem Charakter (Park- und Gartenanlagen, Badeanstalten) beschäftigten 12 867 Personen (– 622 weniger als drei Jahre zuvor). Dies dürfte auf den herrschenden Mangel an Arbeitskräften, vor allem für manuelle Arbeiten und die dadurch bedingte Umstellung auf Maschinen und Geräte zurückzuführen sein. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Aufgaben dieser öffentlichen Einrichtungen wird von kommunalen Zweckverbänden wahrgenommen. Nach einer in Bälde zu erwartenden gesetzlichen Regelung wird das Personal dieser Verbände in die Personalstandsnachweisung mit einbezogen werden.

Der verhältnismäßig hohe Anteil der *Allgemeinen Verwaltung* mit 17 113 (16,5%) Bediensteten findet seine Erklärung darin, daß die kleineren Gemeinden ihr Personal, obwohl auch für alle übrigen Aufgabenbereiche tätig, schwerpunktmäßig in diesem Bereich nachweisen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die drei Städte Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe für ihre

eigene kommunale Vollzugspolizei 3606 Bedienstete einsetzen.

Auf dem Gebiet der Kulturpflege betätigen sich neben den staatlichen auch die kommunalen Gebietskörperschaften. Die überwiegend auf freiwilliger Basis beruhenden kommunalen Einrichtungen beschränken sich bei den kleineren Gemeinden auf die Heimatpflege, was kaum Personal erfordert, während die großen Gemeinden, vor allem die Stadtkreise, mit Theater und Konzerten, Museen, Volkshochschulen und ähnlichen Institutionen, durch ihre überörtliche Funktion einen stärkeren Personalaufwand haben.

Rund 50% aller Kommunalbediensteten in den Stadtkreisen und den großen Kreisstädten

Die Gemeinden und Gemeindeverbände (Stadtkreise, kreisangehörige Gemeinden, Landkreise, Landeswohlfahrtsverbände

Tabelle 6
Personal der Gemeinden (Gv) nach Größenklassen

Gemeindegrößenklasse	Beamte		Angestellte		Arbeiter		Bedienstete 1969				Veränderung 1969 gegenüber			
	zu-sammen	dar. weib-lich	zu-sammen	dar. weib-lich	zu-sammen	dar. weib-lich	Anzahl	dar. weib-lich	auf 10 000 Einw.	Teil-zeit-Besch.	1968		1967	
											Anzahl	%	Anzahl	%
Kämmereiverwaltung														
Stadtkreise	9 453	650	17 723	10 761	11 388	3 556	38 564	14 967	213	3 511	+ 1455	+ 3,9	+ 505	+ 1,3
dar.: Stuttgart	4 257	281	5 947	4 183	3 669	1 588	13 873	6 052	223	580	+ 126	+ 0,9	+ 226	+ 1,7
Mannheim	1 704	93	3 687	2 231	2 088	553	7 479	2 877	228	882	+ 505	+ 7,2	+ 56	+ 0,3
Karlsruhe	1 578	44	2 946	1 662	1 919	534	6 443	2 240	251	723	+ 373	+ 6,1	+ 284	+ 4,6
Kreisangehörige Gemeinden zus.	8 433	350	19 307	10 561	16 336	2 993	44 076	13 904	62	11 437	+ 2 453	+ 5,9	+ 1 151	+ 2,7
davon mit														
20 000 und mehr Einwohner ..	2 082	86	7 954	4 478	5 994	1 437	16 030	6 001	118	2 694	-	-	+ 498	+ 3,2
10 000 bis unter 20 000 Einw.	1 065	35	3 046	1 534	2 863	455	6 974	2 024	79	1 633	-	-	+ 162	+ 2,4
5 000 bis unter 10 000 Einw.	1 332	57	3 115	1 675	2 858	438	7 305	2 170	65	1 431	-	-	+ 93	+ 1,3
3 000 bis unter 5 000 Einw.	1 216	50	2 117	1 132	2 037	388	5 370	1 570	57	1 018	-	-	+ 299	+ 5,9
2 000 bis unter 3 000 Einw.	956	42	1 206	652	1 168	161	3 330	855	46	782	-	-	+ 53	+ 1,6
1 000 bis unter 2 000 Einw.	1 357	63	1 500	870	1 118	93	3 975	1 026	38	1 480	-	-	+ 173	+ 4,6
weniger als 1 000 Einw.	425	17	369	220	298	21	1 092	258	12	2 399	-	-	+ 59	+ 5,7
Landkreise	1 741	199	13 444	9 563	5 409	3 404	20 594	13 166	29	3 236	+ 1 348	+ 6,8	+ 1 875	+ 10,0
Bezirksverbände	289	4	859	407	515	101	1 663	512	2	40	+ 163	+ 10,8	+ 275	+ 10,8
Insgesamt	19 916	1 203	51 333	31 292	33 648	10 054	104 897	42 549	119	18 224	+ 5 419	+ 5,4	+ 3 806	+ 3,8
Wirtschaftsunternehmen														
Stadtkreise	266	14	2 730	512	6 106	366	9 102	892	50	202	- 1 311	- 12,6	- 456	- 4,8
dar.: Stuttgart	9	1	47	24	127	46	183	71	3	-	-	-	+ 73	+ 66,3
Mannheim	25	3	738	160	1 583	147	2 346	310	-	58	- 58	- 2,4	- 65	- 2,7
Karlsruhe	109	-	573	103	1 530	88	2 212	191	86	37	+ 53	+ 2,5	- 185	- 7,7
Kreisangehörige Gemeinden zus.	508	-	2 638	600	5 560	541	8 706	1 141	12	1 613	+ 598	+ 7,4	- 156	- 1,8
davon mit														
20 000 und mehr Einwohner ..	92	-	1 336	330	2 196	190	3 624	520	27	291	-	-	+ 50	+ 1,4
10 000 bis unter 20 000 Einw.	96	-	500	113	853	46	1 449	159	16	160	-	-	+ 2	+ 0,1
5 000 bis unter 10 000 Einw.	73	-	331	88	811	155	1 215	243	11	138	-	-	+ 102	+ 7,7
3 000 bis unter 5 000 Einw.	69	-	204	33	637	79	910	112	10	105	-	-	+ 35	+ 4,0
2 000 bis unter 3 000 Einw.	58	-	119	15	418	38	595	53	8	186	-	-	- 83	- 12,2
1 000 bis unter 2 000 Einw.	73	-	77	9	414	21	564	30	5	324	-	-	- 50	- 8,1
weniger als 1 000 Einw.	47	-	71	12	231	12	349	24	4	409	-	-	- 8	- 2,2
Landkreise	-	-	7	-	15	-	22	-	-	1	+ 2	+ 10,0	- 1	- 4,3
Bezirksverbände	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	774	14	5 375	1 112	11 681	907	17 830	2 033	20	1 816	- 711	- 3,8	- 613	- 3,3
Gemeindliche Verwaltungen														
Insgesamt	20 690	1 217	56 708	32 404	45 329	10 961	122 727	44 582	139	20 040	+ 4 708	+ 4,0	+ 3 193	+ 2,7

Tabelle 7

Personal der staatlichen und gemeindlichen Wirtschaftsunternehmen¹⁾ nach Arten

Art des Unternehmens	Land			Gemeinden (Gv)			darunter Stadtkreise		
	1963	1966	1969	1963	1966	1969	1963	1966	1969
Versorgungsunternehmen	8	8	7	7 370	7 349	6 716	3 195	3 022	2 575
Beamte	1	1	1	230	198	183	103	81	83
Angestellte	4	4	4	2 627	2 898	2 731	1 032	1 136	1 027
Arbeiter	3	3	2	4 513	4 253	3 802	2 060	1 805	1 465
Verkehrsunternehmen	192	187	179	3 425	2 596	1 965	2 985	2 165	1 614
Beamte	30	32	32	53	30	14	52	30	12
Angestellte	47	45	47	584	546	509	522	482	440
Arbeiter	115	110	100	2 788	2 020	1 442	2 411	1 653	1 162
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	33	30	21	4 615	4 669	5 053	3 884	4 019	4 411
Beamte	3	1	—	221	178	132	204	162	117
Angestellte	9	10	10	1 032	1 215	1 447	806	989	1 190
Arbeiter	21	19	11	3 362	3 276	3 474	2 874	2 868	3 104
Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft	6 461	6 104	5 654	4 204	3 747	2 764	589	473	328
Beamte	1 533	1 483	1 521	431	404	380	53	54	48
Angestellte	517	497	478	283	249	199	38	33	28
Arbeiter	4 411	4 124	3 655	3 490	3 094	2 185	498	386	252
Übrige Wirtschaftsunternehmen	965	534	618	1 049	1 130	983	411	341	174
Beamte	13	10	12	39	44	18	28	32	6
Angestellte	199	133	166	479	473	418	208	162	45
Arbeiter	753	391	440	531	613	547	175	147	123
Insgesamt	7 659	6 863	6 479	20 663	19 491	17 481	11 064	10 020	9 102
Beamte	1 580	1 527	1 566	974	854	727	440	359	266
Angestellte	776	689	705	5 005	5 381	5 304	2 606	2 802	2 730
Arbeiter	5 303	4 647	4 208	14 684	13 256	11 450	8 018	6 859	6 106
darunter: weibliche Bedienstete ..	1 318	1 088	898	2 579	2 173	2 009	1 298	1 090	892
Prozentualer Anteil der Wirtschaftsunternehmen am Gesamtpersonal ..	5,9	4,8	4,1	18,9	16,7	14,4	23,9	21,0	19,1

¹⁾ Ohne Gemeinden unter 1000 Einwohner.

und Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande) beschäftigten am Stichtag 122 727 Bedienstete (darunter 17 830 bei Wirtschaftsunternehmen). Von großem Einfluß auf Umfang und Entwicklung des gesamten Personalstandes sind die Stadtkreise; ihrer Aufgabenstellung entsprechend beanspruchten sie rund 40% des Gesamtpersonalbestandes, also relativ erheblich mehr als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (20%) entspricht. Die Landeshauptstadt allein beschäftigt 14 056 Personen.

Bei den kreisangehörigen Gemeinden partizipieren naturgemäß die größeren Gemeinden stärker als die kleinen am Gesamtpersonal. Ganz allgemein wächst der Personalstand progressiv mit der Einwohnerzahl der Gemeinden. Abgesehen von den Stadtkreisen, bei denen auf 10 000 Einwohner 213 Bedienstete kommen, bewegt er sich bei den kreisangehörigen Gemeinden zwischen 118 (20 000 und mehr) und 12 (Gemeinden unter 1000 Einwohner). Die besonders niedrige Zahl der Vollbeschäftigten bei den Gemeinden unter 1000 Einwohner ist auch darauf zurückzuführen, daß bei diesen die hier nicht inbegriffenen 2399 Teilzeitbeschäftigten und die nicht erfaßten ehrenamtlich Tätigen weit überwiegen.

In Zukunft wird hier ein struktureller Wandel durch die geplante Verwaltungsreform, die Zusammenlegung kleiner Gemeinden, die verstärkte Zuordnung von Verwaltungsaufgaben auf sogenannte Zentralorte und durch die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften eintreten.

Personaleinsparung bei den Wirtschaftsunternehmen

Die rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen des Landes und der Gemeinden (Gv) hatten am Stichtag (2. Oktober

1969) 24 309 Bedienstete und damit 700 Bedienstete weniger als 1968.

Während bei den Gemeinden (Gv) immerhin 14,4% aller Beschäftigten in Wirtschaftsunternehmen tätig sind, beträgt der Anteil beim Staat nur 4,1%.

Die alle drei Jahre durchgeführte Aufteilung der Kräfte auf die einzelnen Unternehmensarten zeigt, daß das Hauptgewicht der Beschäftigten des Landes bei der Forstwirtschaft (5654) liegt, bei den Gemeinden dagegen bei den Betrieben, die der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung dienen. An zweiter Stelle folgen hier die kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen (5053). Diese beiden Unternehmenszweige sind sogar in Gemeinden bis zur Größenklasse 1000 bis 2000 Einwohner vorhanden. Erst an dritter Stelle rangieren die Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft mit 2764 Kräften, zu denen noch 349 aus der Gemeindegrößenklasse unter 1000 Einwohnern hinzukommen.

Die Verkehrsunternehmen, die den vierten Platz in der Reihenfolge der gemeindlichen Eigenbetriebe einnehmen, finden sich vor allem in den Gemeinden über 20 000 Einwohnern; auf die Stadtkreise mit über 100 000 Einwohner entfallen allein rund 1600 der insgesamt 1965 Arbeitskräfte.

Da in den wirtschaftlichen Unternehmen von der Aufgabenstellung her viele gewerbliche Fachkräfte benötigt werden, sind zwei Drittel aller Beschäftigten Lohnempfänger.

Für Frauen bieten sich in diesen Wirtschaftsbetrieben fast nur in der Verwaltung Betätigungsmöglichkeiten als Angestellte, in der Forstwirtschaft dagegen auch als Waldarbeiterinnen, Pflanzensetzerinnen und ähnliches.

Dementsprechend ist ihr Anteil am Gesamtpersonal wesentlich niedriger (nur rund 12%) als in den Hoheits- und Kämmererverwaltungen.

Tabelle 8
Ärzte und Pflegepersonal der Krankenhäuser, Kliniken sowie Heil- und Pflegeanstalten am 2. Okt. 1969

Aufgabenbereich	Ärzte						Pflegepersonal							
	Beamte		Angestellte		Insgesamt		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Insgesamt	
	Zus.	darunter weibl.	Zus.	darunter weibl.	Zus.	darunter weibl.	Zus.	darunter weibl.	Zus.	darunter weibl.	Zus.	darunter weibl.	Zus.	darunter weibl.
Hochschulkliniken ¹⁾	1 074	125	204	57	1 278	182	49	-	1 807	1 573	-	-	1 856	1 573
Anstalten für Nerven- und Geisteskrankel)	85	24	59	26	144	50	613	185	563	307	-	-	1 176	492
Krankenhäuser und Heilstätten														
Staat	13	-	37	4	50	4	1	1	197	180	-	-	198	181
Gemeinden (Gv)	79	5	1 762	386	1 841	391	14	-	6 210	5 624	5	4	6 229	5 628
darunter:														
Stadtkreise	39	5	754	202	793	207	7	-	2 384	2 167	-	-	2 391	2 167
Landkreisverwaltungen	11	-	656	122	667	122	-	-	2 506	2 254	-	-	2 506	2 254
Zusammen	1 251	154	2 062	473	3 313	627	677	186	8 777	7 684	5	4	9 459	7 874

¹⁾ Nur im staatlichen Bereich.

Ründ 20 000 Teilzeitbeschäftigte

Da die Teilzeitbeschäftigung ein Arbeitsverhältnis ist, das in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht bereits seit längerer Zeit an Interesse und Bedeutung gewonnen hat, werden alljährlich neben den Vollbeschäftigten auch die teilzeitbeschäftigten Kräfte im öffentlichen Dienst erfaßt. Als teilzeitbeschäftigt gelten Bedienstete, die am Erhebungsstichtag 20 und mehr Wochenarbeitsstunden (aber weniger als 43 in der Woche) in ihrer Beschäftigungsstelle abgeleistet haben. Bei den Lehrkräften entspricht dies dem halben Stundendeputat.

Insgesamt waren 1969 im Landesdienst 9945 Teilzeitbeschäftigte in der Hoheitsverwaltung und 1084 bei Wirtschaftsunternehmen eingesetzt. Knapp die Hälfte dieser Teilzeitbeschäftigten (4938) sind im Angestelltenverhältnis, dicht gefolgt von der Gruppe der Arbeiter mit 36% oder 3560; lediglich rund 14% entfallen auf Beamte, die wiederum zu 94% als Lehrkräfte tätig sind. Schwerpunktmäßig sind die teilzeitbeschäftigten Angestellten im Bildungswesen (3026), im Rechtsschutz (759), Gesundheitswesen (252) und in der Finanzverwaltung (214) eingesetzt. Der überwiegende Teil der Teilzeitkräfte besteht aus Frauen (87%).

Auf der Gemeindeebene wurden 18 224 Teilzeitbeschäftigte in den Kämmergeiverwaltungen und 1816 bei Wirtschaftsunternehmen gezählt, wovon allein 11 082 auf Lohnempfänger entfallen.

Als Bürgermeister in den Gemeinden unter 2000 Einwohner sind rund 95% der insgesamt 1134 teilzeitbeschäftigten Beamten tätig.

Die Zahl der Lehrpersonen seit 1966 um 8500 gestiegen

Unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die durch die Art ihrer Aufgaben bzw. ihrer Dienstverhältnisse eine gewisse Sonderstellung einnehmen und daher in bestimmten Zeitabständen auch zusätzlich gezählt werden, treten die Lehrpersonen besonders hervor. Das schnelle Anwachsen der Schüler- und Studentenzahlen und der Wille weiter Bevölkerungskreise, die junge Generation möglichst gut und differenziert auszubilden, bringt eine ständige, quantitative Erweiterung des Lehrpersonals, vor allem in den weiterbildenden Schulen mit sich. So ist zum Beispiel der Schultyp der Realschule, nach dem Zuwachs der Lehrpersonen zu urteilen, noch im Aufbau begriffen. Sinn und Zweck dieses Schultyps ist einmal, die Gymnasien zu entlasten und zum anderen den Schülern, die früher ins Berufsleben eintreten wollen, einen mittleren Schulabschluß zu ermöglichen.

Die Gesamtzahl der Lehrkräfte erhöhte sich gegenüber der Erhebung 1966 um 18,3% auf 55 193, das sind 62 Lehrer auf 10 000 Einwohner.

Tabelle 9
Weibliche Bedienstete

Körperschaft	Beamte		Angestellte		Arbeiter		Zusammen		Veränderung 1966/1969 in %
	1969	1966	1969	1966	1969	1966	1969	1966	
Hoheits- und Kämmergeiverwaltung									
Land	23 871 ¹⁾	19 388 ¹⁾	24 549	21 395	3 012	3 041	51 432	43 824	+ 17,4
Gemeinden (Gv)	1 203	982	31 292	27 442	10 054	9 941	42 549	38 365	+ 10,9
Wirtschaftsunternehmen									
Land	-	2	375	348	523	738	898	1 088	- 17,5
Gemeinden (Gv)	14	15	1 112	1 047	907	1 133	2 033	2 195	- 7,4
Land zusammen	23 871	19 390	24 924	21 743	3 535	3 779	52 330	44 912	+ 17,5
Gemeinden (Gv) zusammen	1 217	997	32 404	28 489	10 961	11 074	44 582	40 560	+ 9,9
Bedienstete insgesamt	25 088	20 387	57 328	50 232	14 496	14 853	96 912	85 472	+ 13,4
% Anteil aller Bediensteten									
Land	25,3	23,0	53,0	50,4	22,2	23,8	33,3	31,3	
Gemeinden (Gv)	5,9	5,2	57,1	55,4	24,2	23,6	36,3	34,5	

¹⁾ Darunter weibliche Richter 1969 = 292, 1966 = 60.

Zunahme von 10% bei den Krankenhausärzten

Die beim Staat und den Gemeinden (Gv) angestellten *Ärzte* und *Pflegepersonen* werden im dreijährigen Turnus statistisch erfaßt. Danach waren am 2. Oktober 1969 als hauptamtliche Krankenhausärzte 1251 Beamte und 2062 Angestellte tätig. Seit der letzten Erhebung (1966) hat die Zahl um rund 10% zugenommen. Wenn trotz dieser erfreulichen Zunahme der Ärzte in Krankenanstalten immer wieder deren Ärztemangel betont wird, so liegt die Ursache in der steigenden Bedeutung, die die Krankenhäuser für die medizinische Versorgung der Bevölkerung einerseits und die Universitätskliniken für die medizinische Forschung andererseits haben. Der Anteil der Frauen beträgt in diesem Berufszweig nur rund 20% und ist damit wesentlich geringer als in der allgemeinen Verwaltung. Unter den ausgewählten Personalgruppen, die besonders ausgezählt werden, bildet das Krankenpflegepersonal nach den Lehrern die größte Gruppe. Danach sind 9459 im Pflegeberuf voll ausgebildete Kräfte im öffentlichen Dienst, die zu rund vier Fünftel in Krankenhäusern und Kliniken, weitere 1176 in der Geisteskrankenpflege beschäftigt sind. In den Krankenanstalten findet man nach wie vor wenig männliches Pflegepersonal, am 2. Oktober 1969 war das Verhältnis Krankenschwester zu Krankenpfleger 9:1, lediglich die Psychiatrischen Landeskrankenhäuser bilden eine Ausnahme, hier sind vom gesamten Pflegepersonal nur rund 40% weiblichen Geschlechts. Für die weitere personalwirtschaftliche Planung sind die erhobenen Zahlen über das *Personal in Ausbildung* von besonderer Wichtigkeit. Als erfreuliche Bilanz, der allorts durchgeführten Werbung für die Tätigkeit im öffentlichen Dienst kann gewertet werden, daß 1969 insgesamt 2863 Personen mehr ausgebildet werden konnten als 1966. Von dem Personal in Ausbildung sind 10649 als Beamtenanwärter, 6797 als kaufmännische, technische, Büro- oder Verwaltungslehrlinge, sowie als Lernschwestern und -pfleger, 963 als Handwerks-, Landwirtschafts- und Gärtnerlehrlinge beschäftigt. Von diesen Kräften entfallen 11632 auf die staatlichen und 6777 auf die gemeindliche Verwaltung; hier stehen die Stadtkreise mit 2700 Nachwuchskräften mit Abstand an der Spitze. Das bei der Erhebung besonders erfaßte *Personal mit Zeitvertrag* ist in der Zahl der Beschäftigten der Dienststellen des Landes und der Gemeinden mit 5301 Personen, und zwar mit 3192 Angestellten und 2109 Arbeitern, enthalten. Somit wird etwa

jeder 30. Angestellte und Arbeiter nur mit Zeitvertrag beschäftigt und nach Beendigung der vorgesehenen Arbeit wieder entlassen.

Die in der Hoheitsverwaltung beschäftigten Kräfte sind überwiegend im Angestelltenverhältnis (1777, Arbeiter 148) bei den Wissenschaftlichen Hochschulen, Volks- und Sonderschulen, Notariaten und Grundbuchämtern und beim Statistischen Landesamt tätig.

In den Gemeinden wird das Personal mit Zeitvertrag (3376) vor allem in den größeren Städten, und zwar meist als Arbeiter, eingesetzt.

Rund ein Drittel aller Bediensteten sind Frauen

Bei der Erhebung 1969 erfolgte wiederum eine weitgehende Ausgliederung des weiblichen Personals. Danach waren nahezu 100000 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt, was einem Anteil von 33,3% aller Vollbeschäftigten beim Land und 36,3% bei den Gemeinden entspricht. Im Zeitvergleich (1966 zu 1969) zeigt sich, daß dieser Anteil stetig zunimmt (1966: 31,3% bzw. 34,5%).

Genaueren Aufschluß über die Stellung der Frau im öffentlichen Dienst gibt die Gliederung nach Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen (*s. Schaubild*). Hinsichtlich des Dienstverhältnisses weist die Personalgruppe der Angestellten die höchste weibliche Beschäftigtenziffer auf (57 328), worunter die bereits erwähnten Schreibkräfte und Pflegerinnen fallen. Danach folgt auf staatlicher Ebene die Gruppe der Beamtinnen mit rund 20% aller Beschäftigten, was sich aus der sehr großen Zahl der im Beamtenverhältnis tätigen Lehrerinnen erklärt. Der verbleibende kleine Rest mit 3535 Personen ist als Arbeiterinnen eingesetzt.

Auf der gemeindlichen Ebene liegt genau wie im staatlichen Sektor der Schwerpunkt der weiblichen Arbeitskräfte bei den Angestellten des mittleren Dienstes, während die Zahl der weiblichen Beamten nur verhältnismäßig gering ist (1203). Im Gegensatz zum Staat bilden die im Arbeiterverhältnis stehenden Frauen die zweitgrößte Beschäftigtengruppe; in ihr kommt dem Haus- und Küchenpersonal in Krankenhäusern das stärkste Gewicht zu. Innerhalb der gemeindlichen Aufgabengebiete sind überhaupt im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens die Vielzahl aller weiblichen Kräfte tätig.

Ruth Kretschmér

Staatliche und kommunale Haushaltspläne 1970

Die neuere Entwicklung der Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften ist bekanntlich dadurch gekennzeichnet, daß die öffentliche Hand mit ihrer Ausgabenpolitik immer stärker in den Konjunkturverlauf und in andere Erscheinungen der Volkswirtschaft eingreift. Die staatliche Finanzpolitik wird also immer komplexer und umfassender. Dies verlangt wiederum eine Intensivierung und Vertiefung der finanzstatistischen Untersuchungen. Die Beratungen zur Finanzreform und zur Haushaltsreform haben in etwa schon die Richtung aufgezeigt, in der die Weiterentwicklung der Finanzstatistik vor sich gehen wird. Nach wie vor wird es eine wichtige Aufgabe sein, umfassende Strukturbilder an Hand von Ergebnissen für abgeschlossene Rechnungsjahre sowohl für die Gesamtheit der Gebietskörperschaften als auch für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und einzelner Aufgabenbereiche zu geben. In stärkerem Maße werden aber die kurzfristigen Finanzstatistiken, vor allem die vierteljährliche Finanzstatistik und die Haushaltsansatzstatistik erweitert werden müssen, um sie zu einem Hilfsinstrument unter anderem für die Konjunkturbeobachtung auszubauen. Gleichzeitig muß durch Änderung der Haushaltssystematiken eine erheblich tiefere einheitlich bezifferte Aufgliederung sowohl nach Einnahme- und Ausgabearten als auch nach Funktionen (Verwaltungszweigen) vorgenommen werden. Auf der staatlichen Ebene ist dies

bereits geschehen. Für das Jahr 1970 wurden die Haushaltspläne des Bundes sowie sämtlicher Länder im Rahmen der Haushaltsreform bereits nach einer geänderten Haushaltssystematik aufgestellt. Im kommunalen Sektor wird diese Erweiterung und Verbesserung voraussichtlich in ein bis zwei Jahren durchgeführt sein. Dann würde auch für den gemeindlichen Bereich ein beträchtlich breiter differenziertes „Grundmaterial“ zur statistischen Auswertung zur Verfügung stehen und damit eine wesentlich stärkere ökonomische Transparenz gewährleistet sein. Dieser weitere Ausbau der Finanzstatistik ist dringend notwendig, wenn sie als unentbehrliche Voraussetzung für eine planvolle Gesetzgebung und Verwaltung den Anforderungen der heutigen Zeit genügen soll.

Im folgenden sollen die Ergebnisse der für das Jahr 1970 aufgestellten Haushaltspläne des Landes und der Gemeinden auf Grund der Haushaltsansatzstatistik dargestellt werden.

Diese Statistik erfaßt neben den Haushaltsausgaben des Staates die geplanten Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände. Wenn auch von den 3441 kommunalen Gebietskörperschaften des Landes im Jahr 1970 nur die Haushaltsansätze der 9 Stadtkreise, der 105 kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern, der 63 Landkreise und der 3 Bezirksverbände erfaßt wurden, so vereinigen doch diese 180 Gebiets-